Leipziger Tageblatt und Handels-Zeitung

Morgen-Ausgabe

114. Jahrgang

Bezugspreis: für Leipzig und Vororte zweimal täglich ins Haus gebracht, Sonntags als Morgenausgabe monatl. M. 16.—, vierteljährl. M. 30.—; für Abholer monatl. M. 6.50. Morgen-Ausgabe kostet M. 7.50 monatlich, Abend-Ausgabe kostet M. 5.— monatlich. Durch unsere auswärtigen Filialen ins Haus gebracht monatlich M. 10.—, vierteljährlich M. 30.—; durch die Post innerhalb Deutschlands Gesamt-Ausgabe monatlich M. 7.50, vierteljährlich M. 22.50 (ausschließlich Postbestellgebühr). Auslandsbezug: monatlich M. 10.— und Drucksachen-Porto. Einzelnummern: Morgen-Ausgabe 30 Pf., Abend-Ausgabe 20 Pf., Sonntags-Ausgabe 40 Pf.

Das Leipziger Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig, des Amtsgerichts Leipzig, sowie verschiedener anderer Behörden.

Anzeigenpreis: für Gr.-Leipzig u. Umgeb. die einspalt. Petitzeile 1.25, Reklamezeile M. 3.—, von auswärts M. 2.25; Anzeigen von Behörden im amtlichen Teil die Petitzeile M. 3.60, v. auswärts M. 5.—; kleine Anzeigen die Petitzeile M. 1.40, von auswärts M. 1.50, Geschäftsanzeigen mit Platzvorschriften im Preise erhöht. Platz- und Datenvorschrift ohne Verbindlichkeit. Beilagenpreis für das Gesamtauflage Mk. 12.— netto, für Teilauflage Mk. 15.— netto pro M.-Tausend. Postanstalt Postscheckkonto erbeten. Fernsprech-Anschluß Nr. 14451, 14452, 14453. — Telegrammadresse: Tageblatt Leipzig. Johannisgasse Nr. 5. Verlag Fr. Reinhardt A.-G., Leipzig.

Nr. 561 — Mittwoch, den 1. Dezember — 1920

643

S. H. S.

Am letzten Sonntag wurde im Staate Südslawien zur verfassunggebenden Versammlung gewählt. Den deutschen Zeitungsleser interessiert das nicht sonderlich; hat er schon vor dem Kriege den Völkern „hinten weit in der Türkei" keine große Beachtung geschenkt und noch im Kriege oft Mazedonien mit Mesopotamien verwechselt, so hat er nach dem Friedensschluß erst recht darauf verzichtet, dem nun auch noch neugestalteten Balkan Aufmerksamkeit zu widmen. Ein solches Maß von Gleichgültigkeit hat der europäische Wetterwinkel allerdings nicht verdient; schon nicht, weil aus ihm der Blitzstrahl zuckte, der die ganze Welt in Brand gesetzt hat; dann aber auch nicht, weil die Möglichkeit nicht von der Hand zu weisen ist, daß der Pakt von Versailles und St. Germain von dort aus Löcher bekommen kann. Für Bismarck war der ganze Balkan nicht die Knochen eines pommerschen Grenadiers wert; die Nachfolger opferten ihm Millionen Deutsche. Auch Bismarck hatte sein Wort nicht so gemeint, wie es die Bierbänkler auslegten; er wollte lediglich die Einmischung in die Händel der Balkanstaaten und der interessierten Großmächte verhüten. Die Enkel wußten es besser: sie folgten blindlings der egoistischen und anrüchigen Wiener Balkanpolitik, opferten deutsche Handels- und Wirtschaftsbelange in Serbien dem Bundesgenossen, ließen sich 1914 von den skrupellosen Ballplatz-Diplomaten betören, machten Presse und Volk mobil wegen der gewiß schändlichen Rückwirkungen der k. k. Annexionspolitik; und zogen endlich das Schwert. Ist der Balkan auch nicht die Ursache des Weltkrieges, etwas mehr als Anlaß ist er doch.

Für den Deutschen war besonders Serbien ein von Räubern, Verschwörern und Mördern bevölkertes Land, das, von Rußland bestochen, den österreichischen Kulturbringern mit den gemeinsten Mitteln entgegentrat. Wer im Kriege Gelegenheit hatte, in Serbien über diese Dinge mit gebildeten Serben sich zu unterhalten, fand fast immer bestätigt, was die Warner schon vorher gesagt hatten: Die Serben, ein stark national fühlendes, demokratisches, die Unabhängigkeit liebendes Volk, waren nicht deutschfeindlich. Sie wehrten sich nur gegen die Wiener Versklavungspolitik, die nicht bloß in Bosnien, der Herzegowina, Dalmatien und Syrmien sich zeigte, sie wehrten sich nicht nur gegen den Expansionsdrang Wiens, sondern auch gegen die k. k. Wirtschafts- und Agrarpolitik, von der Serbien böse getroffen wurde. Was wußten wir von alle dem, bezogen wir doch unsere Informationen aus Wien. Je mehr Oesterreich-Ungarn Serbien bedrückte, je mehr bemühte es sich, wirtschaftliche Beziehungen mit Deutschland zu pflegen, zu welchem Zwecke die serbische Regierung Handelsagenturen in Berlin, Hamburg, München und Breslau einrichtete. Serbien war um die Besserung der Handelsbeziehungen zu Deutschland so besorgt, daß es uns die Stützung der Wiener Politik nach den Balkankriegen nicht nachtrug. Und man war 1914 in Belgrad verblüfft, als man hörte, daß Deutschland das österreichische Ultimatum mit den Waffen zu decken beabsichtige. Selbst der Krieg, den Serbien an seinen Männern furchtbar zu fühlen bekam, hat nicht Haß und feindselige Gefühle in dem Maße hinterlassen, wie das anzunehmen war. Man wünscht heute die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen, und wenn der neue Staat sich eingerichtet hat, wird das auch geschehen, obwohl Frankreichs Diener ihren Einfluß auf die Regierung gegen Deutschland geltend machen. Bezeichnend für die Volksstimmung und für unsere Verkennung der Serben ist doch folgender Vorfall: Als Generalfeldmarschall Mackensen, der deutsche Balkanfeldherr, nach Saloniki gebracht wurde, hatten der serbische Kapitän und die serbische Mannschaft des Donaudampfers ihm den Salon mit Blumen geschmückt und den Marschall überaus ehrerbietig behandelt. Mackensen sagte beim Verlassen des Schiffes: „Schade, daß wir uns früher so wenig gekannt haben, das serbische Volk hat große Tugenden. Ihr könnt um eure Zukunft unbesorgt sein, denn was ihr im Kriege geleistet habt, übertrifft hochgespannte Erwartungen. Ihr werdet leben, und die Deutschen werden euch in Zukunft gerechter beurteilen." Die Belgrader Zeitungen veröffentlichten das mit der Betonung, auch Deutschland werde wieder emporsteigen. In dem Jahr, das inzwischen vergangen ist, hat sich zwar manches geändert, aber die Ententepolitik und die Ententesoldaten haben außer der Regierung nur wenig Leute von den Vorzügen des Friedensvertrages überzeugt. Selbst die Abmachung von Rapallo (Adria-Abkommen) wird den Pariser Machthabern als Preisgabe Serbiens angerechnet.

Mehr aber als die serbische Volksstimmung und mehr selbst als Wirtschaftsaussichten ist ein anderes angetan, unser Interesse für den Ausfall der südslawischen Wahlen zu wecken: die Frage nämlich: Kann der S.-H.-S.-Staat, in der Entente-Küche geschaffen aus den drei Ländern Serbien, Kroatien und Slawonien (Srbska-Hrvatska-Slavonija) bestehen oder wird er von innen heraus zerfallen? Todeskeime nämlich trägt das neue Königreich in sich; die in letzter Zeit stark betonte auswärtige Politik des Kabinetts, die besorgt auf Ungarn, Italien, Bulgarien und auch auf Griechenland schielte, war nicht zuletzt ein Mittel, die schwere innere Krise zu verdecken. Diese wurzelt in dem Gegensatz: Einheitsstaat oder Föderativsystem. Die Ursachen sind so verwickelt, daß man Spalten füllen müßte, sie zu klären. Kurz ist es so: Südslawien besteht nur in großen Zügen aus drei Ländern und Völkern; diese aber wieder umfassen verschiedene abgegrenzte oder zugesprochene Gebiete. Am besten illustriert das das Wahlgesetz; es sieht 419 Abgeordnete vor, von denen entfallen: auf Serbien 158, auf Kroatien-Slawonien 93, auf Montenegro 10, Dalmatien 11, Slowenien (Krain) 40, Bosnien und Herzegowina 63, Wojwodina (Südungarn) 44. Während man in Serbien fast durchweg den großen Einheitsstaat will, gibt es in den anderen Ländern zwei Richtungen: Zentralismus und Föderalismus. Für den Föderativstaat sind die Radikalen (Nationale), die Kroatische Vereinigung, die Slowenische Volkspartei; für den Zentralstaat die Demokraten, Sozialisten, Republikaner und Kommunisten. Bei beiden Gruppen gibt es aber wieder verschiedene Strömungen: viele Vertreter des Einheitsgedankens wollen das Zugeständnis administrativer Autonomie machen; bei der Gegengruppe herrscht Meinung, das Angebot anzunehmen. Entschiedene Sonderbündler waren bisher nur die Republikaner und die Kroatische Bauernpartei Stefan Radic, die keine Gemeinschaft mit Serbien wollen. Radic sitzt wegen Hochverrats im Kerker; er hatte die Bauernrevolten inszeniert, die sich gegen die neue Währung richteten. Als man die ehemaligen österreichischen Länder zu Südslawien schlug, blieb die Krone zunächst Zahlungsmittel. Dann wurde der serbische Dinar eingeführt, der kompromißlich Kronen-Dinar genannt wurde. Die Valuta-Wirkung nun, von der die kroatischen Bauern bisher keine Ahnung hatten, schürte die Unzufriedenheit. Ein Dinar sollte 4 Kronen gelten; für einen Dollar bekam man früher 60 Kronen, jetzt nur 25 Dinar. Diese in Kronen umzutauschen, ging aber nicht, denn die Kronennoten waren eingezogen worden. Im Lande selbst hatte der Dinar nicht mehr Wert, wie die Krone. Es gab bei den Revolten viele Tote und Verwundete; habsburgische Agenten schürten das Feuer. Radic wurde zu 2½ Jahren Kerker verurteilt. Diese Währungsreform hat die Abneigung des kroatischen Landes gegen einen Einheitsstaat unter serbischer Führung erheblich verstärkt; hinzu kam die Befürchtung der kroatisch-slowenischen Intelligenz, das höhere Kulturniveau von Agram und Laibach könne durch Belgrader Bevormundung herabgedrückt werden.

Unbekümmert um diese Einwände ging die Regierung daran, den Verfassungsentwurf für den Einheitsstaat fertigzustellen. Sie rechnete richtig, denn die Gegenströmungen waren, so scheint es, nicht stark genug, durchzudringen. Noch liegt das Endergebnis nicht vor, aber es läßt sich schon heute zweierlei feststellen, was für die Entwicklung von Bedeutung ist: 1. der Gedanke des einheitlichen Staates hat zunächst gesiegt; 2. die kommunistische Welle ist Südslawien ist zurückgegangen! Wie der Staat sich nun im Innern einrichten wird, weiß man nicht. Gibt er den Ländern Selbstverwaltung, wird sich eine gefährliche Auseinandersetzung ergeben über die Abgrenzung der Gebiete; möglicherweise hilft man sich, indem die beim Wahlgesetz vorgenommene Einteilung beibehalten wird. Drückt Belgrad den andern Ländern jedoch seinen Stempel auf, dann wird die Herrlichkeit des neuen Staates bald ein Ende haben.

Auch in der Außenpolitik liegen natürlich latente Gefahren. Bulgarien starrt noch immer auf Thrazien, Griechenland hat zwar Venizelos weggeschickt, nicht aber dessen Epirus-Politik aufgegeben, Italien nahm Hunderttausende Slawen unter seine Fittiche, Ungarn arbeitet im Banat, Habsburg in Kroatien und Montenegro. Wenn Vernetsch sagt, daß er gegen den Anschluß Oesterreichs an Deutschland ist, so liegen in diesen Besorgnissen die Gründe. Sollte es zutreffen, daß er auch der Kärntner Abstimmung nur begrenzte Gültigkeit zusprach, dann fällt er allerdings in den alten slawischen Größenwahn zurück, von dem die Innenminister, die festigen und aufbauen wollen, abgekommen waren. Deutschland kann die Entwicklung der Dinge da unten abwarten, wenn die Vorgänge im S.-H.-S.-Staat auch mehr Beachtung verdienen, als sie bisher bei uns gefunden haben. Daß neben den Frauen auch die Deutschen kein Wahlrecht besaßen (in den bisher habsburgischen Gebieten nicht), ist nicht Deutschenfeindlichkeit, sondern Angst vor österreichischen Einflüssen. Zweifellos aber ist es eine Torheit, ein Viertel der Bevölkerung von der Aufbauarbeit auszuschließen. Gedeiht der südslawische Staat, dann ist er gezwungen und gewillt, mit Deutschland rege wirtschaftliche Beziehungen zu pflegen; bricht er zusammen, stürzt ein Eckstein des Ententefriedens. Beide Möglichkeiten tragen Zukunftswirkungen in sich, die stärker sein dürften, als die aller Versailler Retortenpolitik; sie rechtfertigen unsere Aufmerksamkeit.

Ew.

Beginnende Spaltung der Gewerkschaften

Kommunistische Mehrheit im Berliner Metallarbeiterverband.

(Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 30. November.

Wie zu erwarten war, hat die Spaltung der U. S. P. auch auf die Gewerkschaften übergegriffen und macht sich am stärksten in der Ortsgruppe Berlin des Deutschen Metallarbeiterverbandes bemerkbar. In einer Generalversammlung kam das deutlich zum Ausdruck. Die kommunistische Opposition hatte die Funktionäre des Metallarbeiterverbandes gegen die vorläufig noch überwiegende unabhängige Mehrheit in der Verbandsleitung mobil gemacht, da von den Unabhängigen in der Zeitschrift des Verbandes ein „kommunistischer Artikel" beanstandet und gegen seine Drucklegung Einspruch erhoben worden war. Die Neukommunisten stellten den Antrag, daß der Vorstand sein Mandat niederlegen möge, um Neuwahlen zu ermöglichen. Um die Verteilung der Kräfte festzustellen, wurde von Richard Müller ein Antrag eingebracht, der dem engeren Vorstand die Mißbilligung der Versammlung ausspricht. Dieser Antrag wurde mit 268 gegen 210 Stimmen angenommen. Es ergab sich also eine kommunistische Mehrheit, die bei den im Dezember stattfindenden Neuwahlen im Metallarbeiterverband deutlich zum Vorschein kommen dürfte. Da es zwischen den Unabhängigen und Kommunisten in allen entscheidenden Fragen zu ernsten Differenzen kommen wird, ist eine tiefgehende Spaltung in diesem Verbande wahrscheinlich.

Geheime militärische Verbände in Berlin?

(Drahtbericht.)

Berlin, 30. November.

Einem Gegenstück zu der kommunistischen Kampforganisation, die vor einiger Zeit das außerordentliche Gericht für den Bezirk des Reichswehrgruppenkommandos I beschäftigte, ist die Berliner Polizei auf die Spur gekommen. Auf Grund eingehender Ermittelungen und zahlreicher Hausdurchsuchungen ist es der Abteilung Ia des Polizeipräsidiums gelungen, Beweise zu erhalten, daß die frühere Zeitfreiwilligenformation trotz ihrer formellen Auflösung im geheimen fortbesteht. Als Hauptschuldiger kommt der Hauptmann a. D. Hubert Bostelmann in Betracht, der die einzelnen Kompagnien des ehemaligen Zeitfreiwilligenregiments 6 unter verschiedenen Decknamen wie Sportverein, Schwimmklub, Stammtisch, Literarischer Verein usw. in ein sogenanntes Notwehrregiment zusammengefaßt hat. Eine Betätigung dieses Regiments, etwa in der Form militärischer Uebungen, ist nicht festgestellt worden. Ebensowenig hat es sich bisher ergeben, daß das Regiment, oder seine Angehörigen irgendwelche Waffen besitzen. Bostelmann hat sich der polizeilichen Festnahme durch die Flucht entzogen. Fahndungsmaßnahmen sind im Gange.

Im Zusammenhange mit den vorgenannten Ermittelungen bekam die Polizei Kenntnis von einer jüngst ins Leben getretenen Escherichorganisation. Bei den erwähnten Hausdurchsuchungen fielen den Polizeibeamten die Satzungen des am 8. September gegründeten Berliner Heimatverbandes in die Hände, der statutengemäß korporatives Mitglied der Organisation Escherich ist. Zu den Unterzeichnern der Satzung gehört der genannte Hauptmann Bostelmann, außerdem eine Reihe anderer ehemaliger Offiziere mit teilweise sehr bekannten Namen. Die Mitglieder sowohl des Notwehrregiments als auch des Berliner Heimatverbandes werden sich demnächst vor dem Strafrichter, d. h. dem zuständigen außerordentlichen Gericht beim Reichswehrgruppenkommando I, zu verantworten haben, und zwar wegen Teilnahme an Verbänden militärischer bzw. polizeilicher Art, die durch die Verordnung des Reichspräsidenten vom 30. Mai unter Strafe gestellt ist. Nach dem Abschluß der vorläufigen polizeilichen Ermittelungen ist die Staatsanwaltschaft mit der Weiterverfolgung der Angelegenheit betraut worden.

Lärmszenen in der preußischen Landesversammlung

Beratung über die Enteignung der Hohenzollern. — Annahme der Verfassung und des Kirchengesetzes.

(Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 30. November.

In der preußischen Landesversammlung kam es heute zu noch nicht dagewesenen Lärmszenen bei dem zur Verfassungsberatung gestellten Antrag der Sozialdemokraten auf Enteignung der Hohenzollern durch Reichsgesetz. Abg. Heilmann (Mehrheitssoz.) hielt darüber eine zweistündige Rede mit dem Kerngedanken: Wenn unser Antrag nicht angenommen wird, kommt trotzdem ein anderer Vergleich, und zwar auf Grund des Schücking'schen Gutachtens. Dann aber sei es aus mit dem Milliardenvermögen der Hohenzollern.

Dann wurde zunächst die Verfassungsberatung ohne wesentliche Aenderung der Vorlage zu Ende geführt. Nach der Schriftabstimmung nahm das Haus die Beratung über den sozialdemokratischen Enteignungsantrag wieder auf. Zunächst sprach in sichtlich großer Erregung der Abg. Dr. Kaufmann (Dntl.), der den Antrag als Versuch eines ungeheuerlichen Rechtsbruches zu kennzeichnen suchte. Die Mehrheitssozialdemokraten begleiteten diese Ausführungen mit anhaltenden Lärmkundgebungen. Als der Redner schließlich den Finanzminister ungünstig kritisierte, ließen ihn die Sozialdemokraten nicht mehr weiterreden. Andauernde Glockenzeichen des Vizepräsidenten, Schlußrufe der Sozialdemokraten, Entrüstungskundgebungen der Rechten vereinigten sich zu einem Höllenlärm. Ein Teil der Abgeordneten der Linken drang zum Angriff auf die Rednertribüne vor. Ein gleich starker Teil der Rechten sammelte sich zur Verteidigung; schrille Pfiffe ertönten. Ein Linksunabhängiger warf Papierballen. Dr. Kaufmann versuchte sich den Stenographen verständlich zu machen. Diese gaben durch Gesten zu verstehen, daß sie nichts hören könnten. Nach längerer Zeit ungeheuerlichen Lärmes schloß der Vizepräsident die Sitzung.

Nach einer Viertelstunde wurde sie wieder eröffnet. Der Vizepräsident Dr. Frenzel stellte fest, daß die Ausführungen des Dr. Kaufmann zwar nicht geschmackvoll gewesen seien, aber auch keine Beleidigung des Ministers enthalten hätten, die zu einem Ordnungsrufe berechtigten. Unter gewaltigem Lärm brachte dann Dr. Kaufmann seine Rede zu Ende. Er lehnte den Antrag ab. Abg. Dominikus (Dem.) gab dann eine Erklärung seiner Fraktion gegen den Antrag ab. Abg. Adolf Hoffmann (U. S. P. l.) forderte die Enteignung mit Rücksicht auf das Kinderelend. Abg. Ludewig (U. S. P. r.) stellte volles Einverständnis mit den Mehrheitssozialisten und den Linksunabhängigen fest.

Die Schlußabstimmung für die Verfassung ergab eine Annahme von 280 gegen 60 Stimmen bei 7 Stimmenthaltungen. Das Haus nahm das Ergebnis mit stürmischem Beifall auf. Präsident Leinert drückte die Hoffnung aus, daß diese Beschlußfassung dem gesamten preußischen Volke zur Ehre gereichen würde. Das Haus spendete freudigen Beifall.

Die wiederholte Abstimmung über das Kirchengesetz ergab nunmehr die Annahme des Gesetzes mit 196 gegen 137 Stimmen.

Schluß 6 Uhr.

Oesterreich zum Völkerbund zugelassen

(Eigener Drahtbericht.)

Genf, 30. November.

Die Völkerbundkommission ist zu dem Entschluß gelangt, Oesterreich zum Völkerbund zuzulassen.

SLUB
Wir führen Wissen.